

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 25 (1984)  
**Heft:** 4

**Artikel:** Wessen Frieden fördern? : Zur Abstimmung über die Zivildienst-Initiative in der Schweiz  
**Autor:** Steinacher, Jürg L.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094546>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Zur Abstimmung über die Zivildienst-Initiative in der Schweiz

# Wessen Frieden fördern?

Die Abstimmung über die Zivildienst-Initiative findet während der Fasnachtszeit statt – ein beziehungsreicherer Termin hätte wohl kaum ausgemacht werden können. Fasnacht hat mit irrationalen, mithin unaufgeklärten Einflüssen zu tun; sie ist die Zeit, in der der individuelle und kollektive Aggressionsstau durchbrochen und das wahre Gesicht hinter der Maske versteckt wird.



Auf den Nenner der Zivildienst-Initiative gebracht: Der irrationale Ausbruch aus den realen (sicherheitspolitischen) Gegebenheiten, wie er sich im Weltbild und in der Propaganda der Initianten ausdrückt, schlägt sich auch in der völligen Verkennung der menschlichen Aggressionsproblematik nieder. Und was die Demaskierung betrifft, so kann eigentlich nur derjenige nach dem Aschermittwoch noch erstaunt sein, der den Initiativtext und dessen Erläuterungen nicht sorgfältig genug studiert hat.

Vorläufig ziehen die Propagandisten noch verummmt mit wohlklingenden Worten über die «soziale Verteidigung» durch die Strassen – unter dem Applaus eines im übrigen erstaunlich breiten Publikums. Die Camouflage ist perfekt, weil man gutmeinende Mitläufer, Friedensbewegte, kirchliche Repräsentanten und linke Ideologen dadurch nicht mehr voneinander unterscheiden kann. Sie ist auch deshalb perfekt, weil ein Grossteil der Bevölkerung nicht so genau weiss, was «soziale Verteidigung» und ihre praktische Anwendung überhaupt bedeuten – im Klartext wird das natürlich nirgendwo erläutert.

Im vorgeschlagenen Wortlaut heisst es unter Absatz 2 lediglich: «Zivildienst bezweckt die Förderung des Friedens, indem er dazu beiträgt, Ursachen gewaltsamer Auseinandersetzungen zu beseitigen, menschenwürdige Lebensverhältnisse zu schaffen und die internationale Solidarität zu stärken.»

Der Kern der Aussage steckt in der Formulierung «...die Ursachen gewaltsamer Auseinandersetzungen zu beseitigen...». Die Literatur über die «soziale Verteidigung» und die «Gewaltlosigkeit» lässt da keinen Zweifel offen, welches die «Ursachen» sind: Das gegenwärtige politische, wirtschaftliche und wissenschaftliche System in unseren Demokratien. Die Beseitigung dieser «Ursachen» wäre nur durch Beseitigung

dieses Systems und durch die Einführung des Sozialismus zu erreichen. Das ist es, was die Initianten in die Bundesverfassung schmuggeln wollen!

Man mag dagegen einwenden, dass es nach Annahme der Initiative immer noch möglich wäre, deren Ideologielastigkeit im nachhinein zu korrigieren. Damit wäre dann die Frage nach ihrer sachlichen Berechtigung im Hinblick auf Friedensförderung gestellt.

Vorab ist festzuhalten, dass es ja bei der anstehenden Abstimmung nicht um eine Einschränkung der allgemeinen Wehrpflicht nach Massgabe ethisch-religiöser Gewissensgründe geht – diese werden im vorgeschlagenen Text nicht einmal erwähnt. Es geht um eine Ergänzung der militärischen *Friedenssicherung* durch ein Konzept der *gewaltlosen Friedensförderung*.



So wie dieses Konzept nun dem Schweizervolk präsentiert wird, ist es in den letzten Jahrzehnten schon hundertfach durch die Friedens- und Konfliktforschung auf seine Tragfähigkeit hin untersucht worden – und dabei regelmässig durchgefallen. Die Hauptgründe dafür sind:

1. Die zentrale und bislang in der Friedensforschung ungelöste Frage «Wie sieht ein Zustand dieser Welt in Frieden aus?» wird umgangen, indem eine reine Annahme – dass dauerhafter Frieden nur durch Sozialismus möglich sei – als absolute Gewissheit behauptet wird.
2. Auf die Realität wird keine Rücksicht genommen (sic!), und die ist nun einmal so, dass hier und jetzt den Demokratien die Auseinandersetzung mit einer ideologisch aggressiven, bis an die Zähne bewaffneten Macht aufgezwungen wird. Friedensfördernde Massnahmen haben bei einer solchen Konstellation überhaupt nur im Einflussbereich des Aggressors einen Sinn.
3. Dieses Konzept ignoriert die wesentlichsten Erkenntnisse aus der Erforschung der Aggressionen (sic!) von Kollektiven (Staaten, Stämme, Religionen, ethnische Minderheiten) und nimmt – was vielleicht noch schwerer wiegt – die vielen offenen Fragen, auf die die Aggressionsforschung bis heute keine Antwort weiss, gar nicht zur Kenntnis.
4. Dieses Konzept ist Makulatur gegenüber neueren Phänomenen wie der irrationalen Krieg-

führung (wie z. B. der terroristische Feldzug von Staaten wie Iran und Libyen) oder der gewaltlosen Aggression, bei der durch psychologische Kriegführung (u. a. Desinformation und Erpressung) nicht Territorien fremder Staaten, sondern «Hirne und Herzen» der Bevölkerung besetzt werden.

So wie dieses Konzept zur Abstimmung kommt, hat es nur *eine* sachliche Berechtigung, und die ergibt sich durch seine Perspektiven, die es für die *Friedenspädagogik* eröffnet. Die fällt aber in die Erziehungshoheit der Kantone und ist nicht Sache des Bundes.



Trotz allem: Diese Einwände gegen die sachliche Berechtigung des Initiativtextes lassen immer noch die Möglichkeit offen, dass man seinen Verfechtern wenigstens Betroffenheit über die gegenwärtige weltpolitische Lage und eine gute Absicht zugestehen muss. Es ist damit auch die Ehrlichkeit und Seriosität des ganzen Unternehmens angesprochen. Und die mag jedermann selbst beurteilen, nachdem er sich vor Augen

## Der Text

Diese Initiative hat folgenden Wortlaut:

### Artikel 18bis (neu), BV

1. Wer den Militärdienst verweigert, wird von der Wehrpflicht befreit, wenn er Zivildienst leistet. Der Zivildienst dauert anderthalbmal so lang wie die Gesamtheit der verweigerten militärischen Dienste.
2. Zivildienst bezweckt die Förderung des Friedens, indem er dazu beiträgt, Ursachen gewaltsamer Auseinandersetzungen zu beseitigen, menschenwürdige Lebensverhältnisse zu schaffen und die internationale Solidarität zu stärken.
3. Der Zivildienst vollzieht sich im Rahmen öffentlicher und privater Organisationen und Institutionen, die seinen Zielsetzungen entsprechen. Koordination und Aufsicht obliegen dem Bund.
4. Die Ausführung dieses Artikels ist Sache der Bundesgesetzgebung.

# Der Kommentar

**Die sogenannte Zivildienstinitiative in der Schweiz hat einen Fehler: Sie bietet überhaupt keinen Zivildienst an.**

Tatsächlich: Was als Volksinitiative «für einen echten Zivildienst auf der Grundlage des Tatbeweises» (so der Titel, nicht der Text) vorgestellt wird, zeigt nichts von alledem vor. Keinen echten Zivildienst, keinen Zivildienst, keinen Dienst. Den schon gar nicht.

1

Punkt 1 bestimmt: «Wer den Militärdienst verweigert, wird von der Wehrpflicht befreit, wenn er Zivildienst leistet. Der Zivildienst dauert anderthalb mal so lange wie die Gesamtheit der verweigerten militärischen Dienste.»

Wo ist er, der Zivildienst, von dem da die Rede ist? Nirgends. Was der Absatz aussagt, ist wirklich nicht mehr als das: Wer den Militärdienst verweigert, kann statt dessen etwas anderes tun, vorausgesetzt, es wird Zivildienst genannt.

Wo ist die Tat zum Tatbeweis? Wo ist die Zivildienstpflicht als Gegenstück zur Wehrpflicht? *Um echt zu sein, hat ein Zivildienst eine Pflicht im Dienste der schweizerischen Allgemeinheit zu sein, und zwar so, wie diese es versteht.* Eine Pflicht, die sich dem Landesinteresse unterordnet, genauso wie das Steuerzahlen, unabhängig davon, welche Staatsausgaben einem passen und welche nicht.

Die Initiative bietet das nicht an. Und sie meint es auch nicht. Sie hat nicht einmal die Formulierung übernommen, die in früheren (und keineswegs ähnlichen) Vortrößen enthalten war, dass

geführt hat, dass dieses friedensfördernde Konzept genau in jenem Land zur Praxis werden soll, das vermutlich das friedfertigste auf dieser Welt ist. Und dieses Land liegt auf jenem Teil unseres Kontinents, der vor vierzig Jahren – ausschliesslich dank militärischer Schlagkraft – von Krieg und Unfrieden erlöst wurde. Seither herrscht hier – dank militärischer Friedenssicherung – wie in keinem anderen Teil der Welt (Japan ausgenommen) relativer Frieden.

Wie kommen die Propagandisten für «friedensfördernde Massnahmen» nun eigentlich dazu, diese *hier* verwirklichen zu wollen, wo der globale Frieden – wenn überhaupt – nur in der 2. und 3. Welt durch entsprechende Massnahmen gefördert werden könnte? Oder soll uns etwa eingeredet werden, dass die Politik unseres Landes und

der Zivildienst «im Rahmen der allgemeinen Bundeszwecke» zu leisten sei. Weil sie das nicht will.

2

Hat die anderweitige Tätigkeit unter dem Namen Zivildienst keinen Inhalt als Dienst am Land, so hat sie dafür doch einen Zweck. Punkt 2 bestimmt ihn:

«Zivildienst bezweckt die Förderung des Friedens, indem er dazu beiträgt, Ursachen gewaltsamer Auseinandersetzungen zu beseitigen, menschenwürdige Lebensverhältnisse zu schaffen und die internationale Solidarität zu fördern.»

Was daran schlecht sein soll? Schlecht daran ist, dass das eine Verkündung ist und kein Tatbeweis. Und eine Verkündung überdies, die sich in den Dienst des Krieges stellen lässt. Zum Beispiel so: Ursache der gewaltsamen Auseinandersetzung in Afghanistan sind die konterrevolutionären Banditen. Sie müssen beseitigt werden. Für Hitler waren die Juden die Ursache der gewaltsamen Auseinandersetzungen. Und für viele der Zivildienstinitianten sind es die kapitalistischen Verhältnisse bei uns.

*Si vis pacem, para bellum.* Wenn du Frieden willst, bereite den Krieg. So hat es früher einmal geheissen, aber als unanfechtbar gilt der Satz heute nur noch in sozialistischen Verhältnissen. Dafür ist heute ein anderer Satz aktuell geworden, eine Kriegsverursachung par excellence: *Wenn du Krieg willst, verkünde den Frieden.*

Hitler hat den Frieden verkündet, als er den Krieg rüstete, und dem Nationalsozialismus tut es der Internationalsozialismus gleich. Faustregel: Je militaristischer und kriegslüsterner eine Diktatur ist, desto mehr fördert sie nach eigenen Angaben den Frieden. Und fördert den Friedensdienst im Feindeslager. Das gehört zum Krieg.

In Punkt 2 kommt es auf die Interpretationen der Verkündung an. Und diese Interpretationen sind nicht nur verschieden, sondern gegensätzlich; sie schliessen einander aus.

die Präsenz der Schweiz in der Welt friedenshemmend ist?

Wie man es dreht und wendet: Die gute Absicht manifestiert sich zwar zur rechten Zeit, aber am falschen Objekt und am falschen Ort. Die Unseriosität der Zivildienst-Initiative steht dadurch neben ihrer sachlichen Haltlosigkeit und der ideologischen Stossrichtung zweifelsohne fest.

★ ★ ★

Lumpereien haben in der Fasnacht ihren Reiz. In der Politik haben sie nichts zu suchen. Vor allem nicht, wenn es um die Bundesverfassung geht. Und schon gar nicht, wenn sie die existentielle Frage von Krieg und Frieden zu ihrem Inhalt machen.

Jürg L. Steinacher

Um menschenwürdige Lebensverhältnisse zu schaffen, meine ich, muss man die totalitären Einparteiensysteme abschaffen und ihre Propagandisten entlarven. Andere meinen, dass man im Gegenteil die Mehrparteiensysteme (sie nennen sie ihrem Feindbild gemäss Kapitalismus) abschaffen müsse. Jede dieser beiden Vorstellungen schliesst die andere aus. Wenn beide den Anspruch erheben, ihrem Zweck entsprechend den Zivildienst zu gestalten, wird direkt eine Ursache gewaltsamer Auseinandersetzung geboren.

Und die internationale Solidarität stärken: Mit Babrak Karmal (und seinen Drahtziehern) oder mit den afghanischen Mujahedin? Mit dem äthiopischen Obristen Menghistu oder mit den Aufständischen in Eritrea? Beides zusammen geht nicht. Wer befindet dann darüber, mit welcher der gegensätzlichen Parteien die internationale Solidarität gestärkt werden soll?

3

Hier kommen wir zu den privaten Organisationen, in deren Hände der Zivildienst unter anderem gelegt werden soll. Punkt 3 der Initiative:

«Der Zivildienst vollzieht sich im Rahmen öffentlicher und privater Organisationen und Institutionen, die seinen Zielsetzungen entsprechen.»

Welchen Zielsetzungen (siehe weiter oben) und gemäss welchen Aussagen?

Kein Zweifel daran, dass zum Beispiel die Schweizerische Friedensbewegung nach ihrem eigenen Befinden diesen Zielsetzungen entspricht. Sie hat sich aber für den Afghanistan-Krieg ausgesprochen (siehe ZB, Nr. 6/1982 und 9/1983); sie ist für den Krieg.

Vielleicht wird es andere geben, die im Sinne der zivildienstlichen Zielsetzung die Tamilen (als Ursache gewaltsamer Auseinandersetzung) über die Grenze setzen wollen. Wieder andere, die zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit den schweizerischen Zivildienst mit dem amerikanischen Peace Corps koordinieren wollen. An diese Möglichkeit haben die Initianten übrigens gar nicht gedacht, weil sie nicht alternativ denken. Sie stellen sich unter Zivildienst ihren eigenen Politunterricht vor oder gar keinen: antikapitalistische Bewusstseinsbildung für politisch interessierte Leute und Abfallbeseitigung im Bundesdienst für die andern; so ungefähr schwebt ihnen die Arbeitsteilung vor.

4

Aber dass es auf die Organisationen ankommt, das anerkennt auch die Initiative. Man muss schliesslich der Eventualität vorbeugen, dass sich zum Beispiel das Schweizerische Ost-Institut in Schweizerisches Friedensinstitut umbenennet und Bundesgelder zur Ausbildung von Zivildienstern beansprucht. Und gleichzeitig beruhigt man die reichlich stille Mehrheit, die zum Beispiel prosozjetischen Friedensinstitutionen gegenüber misstrauisch ist.

Es wird schon nicht so schlimm kommen, lautet da die Implikation, am Ende schaut der Bund schon zum Rechten.